Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 69 (1978)

Heft: 1

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.
Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Wenn das so weitergeht ...

Kernenergiegegner haben es schwer. Da es ihnen chronisch an guten Argumenten mangelt, müssen sie offenbar immer häufiger zu Methoden greifen, die nicht nur jeglichen Sinn für das Mass vermissen lassen, sondern ganz schlicht als Schläge unter der Gürtellinie bezeichnet werden müssen.

Jüngstes Beispiel dafür ist eine Inseratenserie eines anonymen Komitees aus Spiegel bei Bern, die am Montag erstmals in verschiedenen Zeitungen erschienen ist. Niemand stört sich daran, wenn die Atomgegner ihre «Wahrheiten» in Inseraten verbreiten, zumindest an der Grenze der Fairness ist es aber, wenn die Inserate des Informationsausschusses der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft täuschend nachgeahmt werden. Schriftart, graphische Gestaltung und Formulierung sind vollkommen nachgemacht, einzig beim Inhalt merkt man, dass dieses ominöse Komitee nicht informieren, sondern Verwirrung stiften will.

Mit dieser Aktion haben die dafür Verantwortlichen aber nicht nur einen Bubenstreich geliefert, das Vorgehen hat Methode. Bereits im vergangenen Dezember hat das gleiche Komitee eine Aktion – ebenfalls mit missbräuchlich nachgeahmten Inseraten – durchgeführt. Mitte dieses Jahres schliesslich hat eine andere – trotz polizeilichen Untersuchungen noch nicht entlarvte – Gruppe in Zürich Aushängeplakate des Tages-Anzeigers gefälscht und mit einer erfundenen Unfallmeldung aus einem Kernkraftwerk versehen.

Alle diese Vorkommnisse sind rein juristisch schon bedenklich, noch betrüblicher aber ist, dass es Leute gibt, die ihre Anliegen nur auf diese kindische Weise vertreten können. Eigentlich sollten solche politischen Kindergartenschüler mit Nichtbeachtung gestraft werden. Anderseits zeigt sich dabei doch auch, auf welchem Niveau verschiedene Gegner der Kernenergie die Diskussion führen wollen. Leute, die bloss Inserate nachahmen können, verdienen auch sachlich kein Vertrauen. *Hans Rudolf Keller*

«Thurgauer Tagblatt», Weinfelden, 17. November 1977

Atomgegner formieren sich

Basel, ddp. Die Schweizerischen Organisationen, die sich vorbehaltlos für die Annahme der Eidgenössischen Atominitiative einsetzen, haben eine «Arbeitsgemeinschaft der Eidgenössischen Atominitiative» (AGEA) gegründet. Wie die gewaltfreie Aktion Kaiseraugst mitteilte, betrachtet die AGEA als vordringlichste Aufgabe die «Mobilisierung aller gegenüber der Atomenergie kritisch eingestellten Bevölkerungskreise», wobei sie den Abstimmungskampf «vorwiegend in die Bevölkerungsschichten zu tragen gedenkt, die den bürgerlichen Parteien nahestehen».

«St. Galler Tagblatt», St. Gallen, 29. November 1977

Ehrlich sein

(lfk) Seit jeher haben gewisse fanatische Atomgegner eine bigotte Politik betrieben; meistens gab man sich als besorgte Umweltschützler aus, distanzierte sich aber flugs von bestimmten mitmarschierenden Gruppen, sobald es die politische Situation als opportun erscheinen liess.

Einen deutlichen Beweis haben die erklärten Atomgegnergruppen «Revolutionäre Marxistische Liga» und «Überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke Luzern» jüngst wieder geliefert. An einer Veranstaltung zur Premiere eines «neuen» Films, der in leicht veränderter Form schon seit Monaten gezeigt wird, behauptete ein gewisser Martin Pestalozzi, linksextreme Kreise hätten überhaupt keinen Einfluss auf die Anti-Atom-Bewegung. Demgegenüber steht jedoch ein Leserbrief von André Froidevaux von der Revolutionären Marxistischen Liga, der in der Basler Zeitung öffentlich erklärt, die RML habe in der Atomgegnerschaft Einfluss gewonnen, und es sei ihr gelungen, ihre Sympathisanten in die entsprechenden Gremien wählen zu lassen.

Ob jemand persönlich gegenüber der friedlichen Anwendung der Kernenergie Skepsis an den Tag legt, ist im wesentlichen seine persönliche Angelegenheit und zweifellos ein Informationsproblem; dass aber die fanatischen Kernenergiegegner bei ihrer Propagandatätigkeit mit zweierlei Zungen reden, ist damit erneut bewiesen. Dass es diesen Leuten nicht darum geht, das Volk über die «Volksinitiative zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen» abstimmen zu lassen, geht deutlich daraus hervor, dass in der Zeitung die RML bedauert, dass über die Atomverbotsinitiative «schon» im Spätherbst 1978 abgestimmt werden soll. Offenbar rechnen die Leute damit, dass sie mit ihrer Propaganda bis zu einem späteren Zeitpunkt noch eine Anzahl Leute auf ihre Seite ziehen können. *«Sarganserländer», Mels, 16. November 1977*

Vorläufig keine Schnellen Brüter

Die Auffassung des Bundesrates

ddp. In der Schweiz werden vorderhand keine Schnellbrüter-Kernkraftwerke wie in Creys-Malville (Frankreich) geplant. Im Zusammenhang mit dem Schnellbrüter-Kernkraftwerk in Creys-Malville habe Frankreich nach eigenen Angaben im eigenen Interesse «strenge Sicherheitsmassnahmen» getroffen, die «auch den Anforderungen der Nachbarn voll Rechnung tragen».

Im übrigen handle es sich bei dem Projekt nicht um eine schweizerisch-französische Nachbarschaftsfrage, sondern um ein «internes französisches Problem». Das erklärte laut Antwort des Bundesrates auf eine Interpellation die französische Delegation der schweizerisch-französischen Kommission für Nachbarschaftsfragen für den Kanton Genf und die Departemente Hochsavoyen und Ain.

Seit der generellen Prüfung des Projektes «Super-Phénix» durch eine schweizerische Expertengruppe hätten sich keine wesentlich neuen Aspekte im engeren Zusammenhang mit diesem Projekt gezeigt, welche eine andere Beurteilung der Lage rechtfertigen würden, erklärte der Bundesrat weiter. Wegen des Fehlens eines Schnellen Brüters in der Schweiz könnten die schweizerischen Sicherheitsbehörden zu solchen Fragen auch nicht abschliessend Stellung nehmen oder diesbezügliche Unterlagen und Berechnungen im einzelnen überprüfen. (Unter «Schnellem Brüter» ist eine Kernreaktorart zu verstehen, bei der im Reaktor nicht der übliche Atommüll in Form ausgebrannter Uranstäbe entsteht, sondern ein neuer Spaltstoff, d. h. ein neuer «Brennstoff» für die Kernspaltung aus nichtspaltbarem Material. Red.)

Noch nicht abgeschlossen ist nach Angaben des Bundesrates die Prüfung der schwierigen wissenschaftlichen, technischen und politischen Fragen, die der Offene Brief von 1300 Mitarbeitern aus Forschungslaboratorien in der Region Genf enthielt. Dieser war vor einem Jahr an die Regierungen Frankreichs, Italiens, Deutschlands und der Schweiz gesandt worden und hatte unter anderem den vorläufigen Baustopp des «Super-Phénix» verlangt.

«Der Bund», Bern, 30. November 1977

kWh setzt sich durch

Mit Ende dieses Jahres wird der Wegfall der alten Masseinheiten rechtsgültig. Wie die ZfK vom BGW erfährt, haben rund 70 % der Gasversorgungsunternehmen auf kWh umgestellt – spätestens mit Wirkung vom 1. Januar 1978. Dass irgendein Unternehmen Joule als Masseinheit gewählt hätte, ist nicht bekannt. Die restlichen 30 % bleiben vielmehr vorläufig beim Kubikmeter. Die meisten geben aber auf den Abrechnungen dazu in Klammern auch den kWh-Wert an. Umgekehrt verfahren viele Unternehmen, die zur kWh übergehen.

Unübersichtlich ist die Lage noch in der Fernwärmewirtschaft, wo ein Ausschuss ohne durchschlagenden Erfolg versucht hatte, die Entscheidung in Richtung gegen die Kilowattstunde zu präjudizieren. *«ZfK Zeitung für kommunale Wirtschaft», München, 9. Dezember 1977*

«Besorgte» Politiker

B. P. Was tut ein Politiker, wenn es ihm am nötigen Profil fehlt, um bekannt zu werden? Er sucht sich anderweitig Popularität zu verschaffen. Sehr geeignet ist dazu beispielsweise eine «besorgte» Einstellung gegen Kernkraftwerke, denn das Wohl der Mitbürger muss ja einem Politiker am Herzen liegen. Ich habe das Gefühl, dass unter solchen Umständen gerade in der dafür zuständigen nationalrätlichen Kommission einiges getan wird, um den vom ganzen Volk gewünschten Abstimmungstermin zum Thema Atom bis nach den Wahlen zu vertagen – das heisst bis 1979. Dies auf Kosten des Stimmbürgers und Steuerzahlers, der eigentlich ganz gerne gewusst hätte, woran er ist. Immerhin weiss er das nun bei diversen Politikern und kann wenigstens dort die gebotenen Konsequenzen daraus ziehen.

«Berner Tagblatt», Bern, 3. Dezember 1977

Appell gegen den Endausbau unserer Wasserkräfte

Die Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege, der Schweizerische Bund für Naturschutz, der Schweizer Heimatschutz, die Aqua Viva (Vereinigung zum Schutze unserer Flüsse und Seen), die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz, die Schweizerische Vereinigung für Gewässerschutz und Lufthygiene, der Schweizerische Fremdenverkehrsverband, der WWF Schweiz, der Schweizerische Fischereiverband und der Schweizerische Kanu-Verband appellieren in einem gemeinsamen Aufruf an die Öffentlichkeit, Wirtschaft, politische Instanzen und Administrativbehörden zugunsten eines Verzichts auf den weiteren Ausbau unserer Wasserkräfte. Den Anstoss für diese Aktion haben in jüngster Zeit teilweise aus der «Mottenkiste» herausgeholte Pläne gegeben, in deren Mittelpunkt die «Bewirtschaftung» des Rheins zwischen Reichenau und Landquart steht. Seit längerer Zeit im Gespräch befinden sich auch fragwürdige Grossprojekte für den Raum Gletsch und das Greinagebiet.

Die erwähnten Organisationen sind der Auffassung, dass eine Nutzung der wenigen Wasserkraftreserven, die unser Land noch aufzuweisen hat, keinen ins Gewicht fallenden Beitrag an die Lösung der uns bedrängenden Energieprobleme leisten könnte. Auch wenn alle Wasserkräfte bei wirtschaftlich noch vertretbaren Kosten ausgebaut würden, könnten daraus im besten Falle nur etwa 2 Milliarden Kilowattstunden gewonnen werden, knapp 10 % des heutigen Elektrizitätsverbrauches und weniger als 2 % des gesamten Energieverbrauches. Einhandeln würden wir uns dafür die Zerstörung unersetzlicher natürlicher Schönheiten und eine schwerwiegende Beeinträchtigung der ohnehin knapp gewordenen Erholungsgebiete. Mit Recht weisen die Organisationen daraufhin, dass es in unserem Mittelland nur noch ganz wenige frei fliessende Flüsse gibt, dass zahlreichen Gebirgsflüssen und Gebirgsbächen das Wasser weitgehend oder völlig entzogen worden ist. Die gegenwärtige Generation und unsere Nachkommen haben ein Anrecht darauf, in der Natur noch frei fliessendes Wasser zu erleben.

Landschafts- und Naturschutz haben zugunsten der Wasserkraftnutzung in der Vergangenheit viele Opfer bringen müssen. Sie sind nicht dagegen, wenn bestehende Anlagen erneuert werden und dadurch eine erhöhte Leistungskraft erfahren. Dies darf aber nicht zu einer Beeinträchtigung der ohnehin nicht durchwegs befriedigenden Restwasserverhältnisse führen, da damit auch Einbussen für andere Bereiche (Fischerei, Fremdenverkehr, Grundwasser und so weiter) verbunden wären. *Leo Schmid*

«Der Landbote», Winterthur, 8. Dezember 1977

Energiesparmassnahmen in Grossbritannien

Schwerpunkt im öffentlichen Bereich

(F. Pf.) Die britische Regierung hat neue Energiesparmassnahmen für die nächsten 10 Jahre bekanntgegeben. Allein bis 1982 sollen in diesem Sinne 320 Mio £ ausgegeben werden. Die Investitionen sind auf den *öffentlichen Sektor* konzentriert: 114 Mio £ werden zur besseren Isolation von Wohnhäusern verwendet; die Regierung hofft, im genannten Zeitraum über 2 Mio öffentliche Wohnungen mit Wärmeschutzeinrichtungen versehen zu können. Weitere Schwerpunkte im Energiesparplan bilden Spitäler, andere Gebäude des nationalen Gesundheitsdienstes und die Schulen. Hier sollen vor allem bessere Heizungssysteme installiert werden. Ferner will man auch mit der *Autoindustrie* Gespräche aufnehmen, um Wege zur Senkung des Benzinverbrauchs zu finden; man glaubt, dass Einsparungen bis zu 30 % möglich wären. Bis 1985 sollten die meisten Autos mit einer Gallone Benzin (4,55 Liter) 35 Meilen bewältigen können. Die Realisierung des Programms wird einer neuen *Energiesparbehörde* übertragen.

Die Regierung hofft, mit den neuen Massnahmen auch die *privaten* Hausbesitzer und die *Industrie* zu ähnlichen Sparinvestitionen bewegen zu können. Offiziellerseits rechnet man, dass mit dem neuen Programm bis 1988 rund 10 Mio Tonnen Öl oder umgerechnet zu gegenwärtigen Preisen rund 700 Mio £ eingespart werden können. Energieminister Benn schliesst fiskalische Vergünstigungen oder andere Anreize für den privaten Sektor zur Energie-Einsparung zwar für später nicht aus, doch vorläufig will man erst die *Breitenwirkung* der skizzierten öffentlichen Massnahmen abwarten. Der Effekt der bisher in Grossbritannien durchgeführten Energiesparaktionen wird für die letzten vier Jahre auf über 2 Mia £ geschätzt. Das Investitionsvolumen von 320 Mio £ für die nächsten vier Jahre wird durch neue Mittel von 166 Mio £, durch Aktivierung des bestehenden Energiesparfonds in Höhe von 93 Mio £ und durch Reinvestierung der eingesparten Mittel in Höhe von 62 Mio £ finanziert werden.

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 14. Dezember 1977

«... bloss unsere Gegend nicht versauen»

Poetischer Kämpfer gegen Kernkraftwerke

b. Es gibt nicht nur Oster- und Pfingst- und andere Märsche als Äusserungen des Protestes gegen Kernkraftwerke. Es gibt auch hier den stillen und manierlichen Kämpfer, zum Beispiel den 68jährigen Kadelburger Bürger August Voltolini, Besitzer eines Häuschens und seit zwei Jahren Witwer, der seinen Kampf gegen die Kernkraft vom Schreibtisch aus führt, und zwar in derart gutem Stil, dass selbst die Adressaten in Bern, Baden und Stuttgart ihren Spass daran haben und die empfangenen Episteln einer freundlichen Antwort würdigen. An den schweizerischen Bundesrat und an die NOK-Direktion in Baden richtete August Voltolini ein aus gereimten Zeilen bestehendes Opus, in dem es unter anderm heisst:

«Ihr von den NOK dürft Kraftwerke bauen
bloss unsere Gegend nicht versauen ...»,
und zum Schluss:
«Wir haben schon manches Opfer gebracht,
jetzt aber wird einmal Schluss gemacht.»

Gleiche oder ähnliche Schreiben richtete der Kadelburger Poet an seine Landesregierung in Stuttgart. Wirtschaftsminister Eberle verdankte den «netten» Brief und versicherte dem Absender, seine Sorgen um die Sicherheit seien unbegründet. Auch in Bern würdigte man das Schreiben aus Kadelburg einer Antwort.

Vor anderthalb Jahrhunderten wären die Antworten nicht so umgänglich ausgefallen. Als damals ein Einwohner von Elbing und sieben Göttinger Professoren 1837 gegen die Aufhebung der Hannoverschen Landesverfassung durch den König protestiert hatten, würdigte auch Majestät die Absender einer Antwort, in der der König durch seinen Schreiber wissen liess: «Es ziemt dem Untertanen, seinem Könige und Landesherrn schuldigen Gehorsam zu leisten und sich bei der Befolgung der an ihn ergehenden Befehle mit der Verantwortlichkeit zu beruhigen, welche die von Gott eingesetzte Obrigkeit dafür übernimmt. Aber es ziemt sich nicht, an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen und sich in dünkelhaftem Übermut ein öffentliches Urteil über die Rechtmässigkeit derselben anzumassen ...»

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 30. November 1977